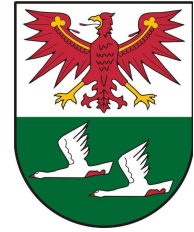


Kreistagsfraktion SPD-LGU-Tierschutz
Kreistagsfraktion GRÜNE/B90
Kreistagsfraktion DIE LINKE
Kreistagsfraktion FDP/Piraten



An den Vorsitzenden des Kreistages Oberhavel
Dr. Wolfgang Krüger
An den Vorsitzenden des Kreisausschusses
Landrat Ludger Weskamp

20. September 2020

**Antrag an den Kreistag
zur Vorberatung im Kreisausschuss**

Für eine freie, selbstbestimmte Lebensweise aller Menschen

Beschlussvorschlag

Bezugnehmend auf die aktuelle LGBTIQ-feindliche Bewegung in weiten Teilen unseres Nachbarlandes Polen positioniert sich der Landkreis Oberhavel klar für eine freie, gleichberechtigte und selbstbestimmte Lebensweise aller Menschen. In Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention heißt es: „Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten.“ Daran sind wir gebunden und dem fühlen wir uns verpflichtet.

Der Landrat wird beauftragt, im Austausch mit den ebenso betroffenen Städten und Gemeinden im Landkreis Oberhavel, die polnischen Partnerlandkreise Siedlce und Biala Polaska anzuschreiben oder in anderer geeigneter Weise deutlich zu machen, dass sich der Landkreis für eine freie und selbstbestimmte Lebensweise aller Menschen, auch von homo-, transsexuellen und queeren Menschen, einsetzt.

Begründung

Ziel von Partnerschaften ist der gegenseitige Austausch unterschiedlicher Kulturen, Auffassungen und Lebensweisen. Ein Abbruch der Kommunikation mit den Partnerlandkreisen Oberhavels sollte daher keine Option sein. Vielmehr wird der Landrat daher gebeten, weiterhin mit den Partnerkreisen im Austausch zu bleiben und sich für die Rechte der LGBTIQ-Szene einzusetzen. Da mehrere Kommunen im Landkreis Oberhavel Partnerstädte in Polen haben, soll sich der Landkreis mit ihnen auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Neben einem abgestimmten, aber individuell zu versendenden Schreiben kommen insbesondere auch thematische Gespräche bei Treffen mit den Partnerstädten hierfür in Betracht. Konkret sollten darüber der Landkreis und die betroffenen Kommunen gemeinsam befinden.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Fusan & Patrick Krüger & Annemarie Wolff für SPD/LGU/Tierschutz
Reiner Merker & Julia Schmidt für Grüne/B90
Elke Bär & Vadim Reimer für DIE LINKE
Uwe Münchow für FDP/Piraten